

Kurzberichte

Redaktionsschluss: 13. Juli 2009

Rückläufiges Kreditvolumen bei Unternehmen und privaten Haushalten im April 2009

Michael Strommer,
Gunther Swoboda

Das Gesamtvolumen der Kredite an Nichtbanken in Österreich¹ betrug Ende April 2009 rund 309 Mrd EUR und sank damit gegenüber dem Vormonat um 1,1 Mrd EUR bzw. 0,3%. Der Großteil des Rückgangs entfiel mit 0,7 Mrd EUR bzw. 0,3% auf den EUR-Kreditbereich. Im Fremdwährungsbereich verringerte sich das um Wechselkurseffekte bereinigte Kreditvolumen um rund 0,3 Mrd EUR. In Summe wurden an private Haushalte und nichtfinanzielle Unternehmen rund 9,8 Mrd EUR an Neukrediten vergeben.

Nach Kreditnehmersektoren betrachtet ging die rückläufige Entwicklung im April 2009 hauptsächlich auf nichtfinanzielle Unternehmen zurück. In diesem Bereich gab es im April 2009 eine Reduktion des aushaftenden Volumens um rund 0,9 Mrd EUR bzw. 0,6% auf rund 135 Mrd EUR, die nahezu zur Gänze den EUR-Kreditbereich betraf. Die Jahreswachstumsrate lag zum Berichtstermin bei rund 4,6% (April 2008: 7,4%).

Auch wenn per saldo im Bestand ein Minus zu verzeichnen war, wurden im April dennoch weiterhin neue Kredite vergeben. Das tatsächlich im Berichtsmonat vergebene Neukreditvolumen an Unternehmen lag bei 7,7 Mrd EUR und war somit, verglichen mit dem Vormonat (8,1 Mrd EUR), leicht rückläufig. Erneut muss betont werden, dass der Großteil der darin enthaltenen neu vergebenen Kredite (rund 6 Mrd EUR oder 78%) auf Kredite mit

sehr kurzer Laufzeit (bis 6 Monate) entfiel. Zusätzlich wurden allerdings im April 1,7 Mrd EUR an neuen Kreditrahmen vergeben, wobei hier die Tendenz steigend war (März: 1,5 Mrd EUR).

Kredite an private Haushalte fielen zum Berichtstermin um rund 0,4 Mrd EUR bzw. 0,5% auf ein Niveau von rund 119 Mrd EUR. Die im April verzeichnete Jahreswachstumsrate lag bei 1,1% und damit um rund 3,2 Prozentpunkte niedriger als im Vergleichsmonat des Vorjahres. Rund die Hälfte des Rückgangs gegenüber dem Vormonat entfiel auf den Fremdwährungsbereich – das Jahreswachstum der Fremdwährungskredite (die in diesem Subsektor noch einen Anteil von rund 31% aller Kredite ausmachen) lag im April 2009 bei niedrigen 0,1%.

Trotz rückläufigem Trend gab es bei den privaten Haushalten noch Neukreditvergaben in Fremdwährung. Diese bewegten sich allerdings nur mehr auf einem sehr niedrigen Niveau von rund 0,2 Mrd EUR. Im EUR-Bereich gab es hingegen bei den Neukreditvergaben leichte Anstiege zu beobachten (1,5 Mrd EUR gegenüber 1,4 Mrd EUR im März), wobei das Wachstum hauptsächlich auf den Wohnbaubereich zurückzuführen war. Auch bei privaten Haushalten gab es bei neu vergebenen Rahmen Zuwächse (um rund 0,1 Mrd EUR auf 1 Mrd EUR).

Beim aushaftenden Gesamtbestand konnte im April 2009 ein Anstieg des Kreditvolumens bei Krediten, die an

¹ Dazu zählen die Subsektoren nichtfinanzielle Unternehmen, private Haushalte, Nichtbanken-Finanzintermediäre, Private Organisationen ohne Erwerbszweck und der Staat.

den Staat vergeben wurden, beobachtet werden. Das gesamte aushaftende Volumen stieg gegenüber dem Vormonat um rund 0,2 Mrd EUR oder 0,8%.

Bei den übrigen Subsektoren (Nichtbanken-Finanzintermediäre bzw. Private Organisationen ohne Erwerbszweck) konnten keine nennenswerten Veränderungen beobachtet werden.

Entwicklungen im Bereich der Betrieblichen Vorsorgekassen im Jahr 2008

Von der Mitarbeiter-vorsorgekasse zur Betrieblichen Vorsorgekasse

Vor sechs Jahren haben die neun Betrieblichen Vorsorgekassen (BV-Kassen) ihre Geschäftstätigkeit in Österreich aufgenommen. Somit gehören sie zu einem jüngeren, aber trotzdem bereits sehr bedeutenden Branchensegment.

Im Jahr 2008 hat sich die Anzahl der Beitrittsverträge auf rund 658.000 und die Anzahl der Anwartschaftsberechtigten auf 3,04 Millionen erhöht. Zum Stichtag 31. Dezember 2008 wurden 119,8 Mio EUR von den BV-Kassen ausgezahlt.

Seit Jänner 2008 sind auch die rund 500.000 selbstständigen Erwerbstätigen, freien Dienstnehmer, Freiberufler und Land- und Forstwirte in das System der „Abfertigung NEU“ miteinbezogen. Durch die Umgestaltung des Systems wurde die Mitarbeitervorsorgekasse zur „Betrieblichen Vorsorgekasse“ ausgebaut. Im Zuge dessen wurden auch die rechtlichen Grundlagen umbenannt. Das BMVG wurde zum BMSVG (Betriebliches Mitarbeiter- und Selbständigenvorsorgegesetz), das mit 1. Jänner 2008 in Kraft getreten ist, und die 2. MIQA-VO wurde zur BVQA-V (Betriebliche Vorsorgekassen-Quartalsausweisverordnung).

Veranlagungsentwicklung

Der Prozentsatz der indirekten Veranlagungen am gesamten Vermögen der

Veranlagungsgemeinschaften hat im Lauf der vergangenen Jahre immer stärker abgenommen (Rückgang im Jahr 2006: 3,42 Prozentpunkte, im Jahr 2007: 10,7 Prozentpunkte und im Jahr 2008: 12,8 Prozentpunkte). Besonders in den letzten vier Berichtsquartalen ist es aufgrund der Finanzmarkturbulenzen zu einer markanten Umschichtung der Beiträge von den indirekten zu den direkten Veranlagungen gekommen. Dies wird beim Vergleich der indirekten und direkten Veranlagungen ersichtlich, da die direkten Veranlagungen zum 31. Dezember 2008 49,7% des Vermögens der Veranlagungsgemeinschaften betragen, die indirekten 50,3%. Zum Jahresultimo 2007 hatten die Anteile noch 36,9% bzw. 63,1% betragen.

Bei Betrachtung der einzelnen Wachstumsphasen in den Jahren 2003 bis 2008 sind die Jahre 2004 und 2005 jene mit den höchsten relativen Wachstumsraten. Im Jahr 2004 stieg das Veranlagungsvolumen um 152%, gefolgt von einem Zuwachs um rund 92% im Jahr 2005.

Die Performance der BV-Kassen für das Jahr 2008 (-1,82%) war leicht negativ. Als Gründe werden die Turbulenzen auf den Finanzmärkten und die derzeit gesetzlich vorgesehene kurze Veranlagungsdauer von 36 Beitragsmonaten genannt. Außerdem reduziert das Entnahmeverhalten der Verfügungsberechtigten (ein Drittel lässt sich das Ka-

Beatrix Jaksic

pital auszahlen) das Volumen und damit den erzielbaren Ertrag der langfristigen Investitionen.

Anwartschaften und Kapitalgarantie

Im Bereich der Anwartschaften konnte Ende Dezember 2008 ein Volumen von 2,12 Mrd EUR verzeichnet werden. Dies bedeutete einen Anstieg um 0,5 Mrd EUR oder rund 31,0% gegenüber Ultimo 2007. Bei der Absicherung der Erfüllung der Kapitalgarantie ziehen alle BV-Kassen die Variante der Bildung einer Rücklage vor. Die Absicherung durch ein Kreditinstitut wird, zumindest bis jetzt, von den BV-Kassen nicht in Erwägung gezogen. Die Höhe der Rücklage belief sich Ende Dezember 2008 auf 2,01 Mio EUR (Jahresende 2007: 1,75 Mio EUR).

Verwaltungskosten

Der § 26 des BMSVG erlaubt den BV-Kassen, von den eingenommenen Beiträgen Verwaltungskosten abzuziehen. Dabei müssen die Prozentsätze der Kosten für alle Beitragszahler gleich hoch sein; die Bandbreite liegt zwischen 1% und 3,5%. Bei der Übertragung einer Altanwartschaft auf eine BV-Kasse ist diese außerdem berechtigt, einen einmaligen Kostenbeitrag von höchstens 1,5% des Übertragungswerts einzubehalten. Die von den BV-

Kassen derzeit veranschlagten Kosten für die Verwaltung liegen zwischen 1,9% und 3,5%. Im Fall des Übertrags verrechnen die meisten BV-Kassen zwischen 0,5% und 1,5%. Die gesamten Verwaltungskosten betragen Ende Dezember 2008 3,76 Mio EUR (Jahresende 2007: 2,84 Mio EUR).

Vermögenszusammensetzung

Um rentabel und risikoarm wirtschaften zu können, ist die Asset Allocation (Vermögensverteilung) der BV-Kassen so gestaltet, dass die Gelder möglichst risikoavers veranlagt werden. Ende 2008 war das Vermögen der Veranlagungsgemeinschaften zu rund 90% in Anleihen in Euro und der Rest in Aktien und Immobilien investiert.

Ende Dezember 2008 erreichten die direkten Veranlagungen ein Volumen von 1,06 Mrd EUR; das bedeutete eine Steigerung um 463,93 Mio EUR oder 77,5% gegenüber Ultimo 2007. Die indirekten Veranlagungen betragen Ende Dezember 2008 1,08 Mrd EUR; das entsprach einer Erhöhung um 0,06 Mrd EUR oder 5,1% gegenüber Ende Dezember 2007.

Das Vermögen der Veranlagungsgemeinschaften betrug Ende Dezember 2008 2,14 Mrd EUR und erhöhte sich um 0,52 Mrd EUR bzw. 31,8% gegenüber Ende Dezember 2007.

Kreditrisikostatistik im Rahmen des risikoorientierten Meldewesens

Thomas Schin

Der Vermögens-, Erfolgs- und Risikoausweis (VERA) bildet eine zentrale bankaufsichtliche Meldung im Rahmen des risikoorientierten Meldewesens. Er beruht auf § 74 Abs. 1 und 7 Bankwesengesetz (BWG) und der Verordnung des Bundesministers für Finanzen

zur Durchführung des BWG hinsichtlich des VERA (VERA-Verordnung – VERA-V). Der VERA besteht aus einer Reihe unterschiedlicher Meldungen, mit denen diverse aufsichtsrechtliche Zielsetzungen verfolgt werden. Im Rahmen des Risikoausweises werden

drei Belege hinsichtlich des Kreditrisikos der meldepflichtigen Banken erhoben. Die VERA-V trat mit 1. Jänner 2007 in Kraft, wobei die Belege betreffend das Kreditrisiko zum Stichtag 31. März 2008 erstmalig zu melden waren.

Kreditrisiko unkonsolidiert

Die Meldung des unkonsolidierten Kreditrisikos beruht auf der Anlage A3a gemäß § 5 Abs. 1 Z. 1 der VERA-V. Der Beleg wird vierteljährlich jeweils zu Quartalsende erhoben. Meldepflichtig sind alle in Österreich meldepflichtigen Kreditinstitute, ausgenommen jene Kreditinstitute aus Mitgliedstaaten des EWR, die in Österreich gemäß § 9 Abs. 1 BWG über eine Zweigstelle tätig sind.

Inhalt der Meldung sind die *vier Bilanzpositionen*

- *Forderungen an Kunden,*
- *Forderungen an Kreditinstitute,*
- *Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie*
- *Schuldtitle öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Zentralbank zugelassen sind.*

Es sind sowohl inländische als auch ausländische Posten zu melden. Die Forderungen werden pro Schuldner zusammengefasst und in Größenklassen eingeteilt. Die Größenklassen steigen bis 350.000 EUR in Schritten zu jeweils 70.000 EUR. Danach folgen die Größenklassen 350.000 EUR bis 1 Mio EUR, 1 Mio EUR bis 5 Mio EUR und die Größenklasse über 5 Mio EUR. Pro Größenklasse werden die Anzahl der Schuldner und das Forderungsvolumen inklusive Wertberichtigungen ausgewiesen. Zu dem betroffenen Forderungsvolumen werden zugehörige Einzelwertberichtigungen, Sicherheiten und Ausfälle gemeldet. Dabei werden jene Sicherheiten gemeldet, die zur Reduzierung des Eigenmittelerfordernisses

für das Kreditrisiko dienen (z. B. Bareinlagen, Garantien, Immobiliensicherheiten oder verpfändete Lebensversicherungen). Als Ausfall werden wesentliche Forderungen gegen einen Schuldner definiert, die seit mehr als 90 Tagen im Verzug sind. Wesentlich sind diese Forderungen dann, wenn unter Zugrundelegung der gesamten fälligen Forderungen und Kreditrahmen die Summe aller überfälligen Kreditraten (inklusive offener Spesen und Zinsen) und die Überschreitung von Kreditrahmen größer als 2,5 % der Summe aller Überziehungsrahmen des Schuldners sind, und ein Betrag von 250 EUR überschritten wurde.

Per Ende März 2009 meldeten 819 Kreditinstitute ein gesamtes Forderungsvolumen von 925,74 Mrd EUR. Die Gesamtanzahl der Schuldner belief sich auf 6,28 Millionen, wobei die meisten Schuldner (5,61 Millionen) in der kleinsten Forderungskategorie bis 70.000 EUR gemeldet wurden. Das Sicherheitenvolumen bezifferte sich auf 155,53 Mrd EUR und entsprach damit einem Anteil von 16,8 % am gesamten Forderungsvolumen. Per Ende März 2009 wiesen die Einzelwertberichtigungen einen Anteil von 1,2 % und die Ausfälle einen Anteil von 1,9 % am gesamten Forderungsvolumen auf.

Kreditrisiko konsolidiert

Das konsolidierte Kreditrisiko wird gemäß der Anlage B3a bzw. C3a des § 9 Abs. 1 Z. 1 der VERA-V gemeldet. Dieser Beleg wird, wie das unkonsolidierte Kreditrisiko, vierteljährlich jeweils zu Quartalsende erhoben. Meldepflichtig sind übergeordnete Kreditinstitute für die im Konzernabschluss nach § 59 bzw. 59a BWG dargestellte Kreditinstitutsgruppe.

Im ersten Teil der konsolidierten Kreditrisikomeldung sind – analog der unkonsolidierten Meldung – die bereits

erwähnten vier Bilanzpositionen enthalten. Nach Größenklassen der Forderungen sind die Anzahl der Schuldner, das Forderungsvolumen und die diesem Forderungsvolumen zugehörigen Einzelwertberichtigungen, Sicherheiten und Ausfälle zu melden. Die Definitionen der gemeldeten Kategorien entsprechen jenen des unkonsolidierten Belegs.

Die Größenklassen sind in diesem Beleg anders definiert als in der unkonsolidierten Meldung. Zusammengefasste Forderungen eines Schuldners unter 10.000 EUR werden in der konsolidierten Meldung nicht erfasst. Die niedrigste Größenklasse reicht von 10.000 EUR bis 1 Mio EUR, die weiteren Größenklassen erhöhen sich in Schritten zu jeweils 1 Mio EUR.

Per Ende März 2009 meldeten 37 Melder ein gesamtes Forderungsvolumen von 853,21 Mrd EUR. Mit einem Anteil von 18,9% am Forderungsvolumen bestand das größte Volumen in der kleinsten erhobenen Größenklasse von 10.000 EUR bis 1 Mio EUR. Es wurden 3,08 Millionen Schuldner gemeldet, wobei die meisten Schuldner (2,96 Millionen) der kleinsten Forderungskategorie zuzuordnen waren. Das Sicherheitenvolumen bezifferte sich auf 180,56 Mrd EUR und entsprach somit einem Anteil von 21,16% am gesamten Forderungsvolumen. Die Einzelwertberichtigungen wiesen Ende März 2009 einen Anteil von 1,35% und die Ausfälle einen Anteil von 2,21% am Forderungsvolumen auf.

Im zweiten Teil der konsolidierten Kreditrisikomeldung erfolgt, allerdings lediglich von Meldern nach dem Unternehmensgesetzbuch (UGB-Meldern), eine Quartalsmeldung zu den Risikokosten in Form einer Veränderungsrechnung. Die Risikokosten werden dabei in die Kategorien *Kreditgeschäft* und *Andere* aufgeteilt. Ende März 2009

meldeten *elf Kreditinstitutsgruppen* Risikokosten im *Kreditgeschäft* und *vier* in der Kategorie *Andere*.

Im dritten Teil der konsolidierten Kreditrisikomeldung wird sowohl von UGB-Meldern als auch von Meldern nach den International Financial Reporting Standards (IFRS-Meldern) der Saldo der Stillen Reserven/Verluste gemeldet. Der zu meldende Saldo bezieht sich auf die gesamten Stillen Reserven/Verluste und nicht nur auf jene, die die vier Bilanzpositionen betreffen, aus denen sich das Forderungsvolumen der Kreditrisikomeldung zusammensetzt.

Kreditrisiko Auslandstöchter

Übergeordnete Kreditinstitute haben für die im geprüften Konzernabschluss gemäß § 59 oder § 59a BWG vollkonsolidierten ausländischen Kreditinstitute die Kreditrisikomeldung gemäß der Anlagen D3a bzw. E3a des § 13 Abs. 1 Z. 1 der VERA-V zu melden.

Die Kreditrisikomeldung der Auslandstöchter erfolgt vierteljährlich jeweils zu Quartalsende und beinhaltet im ersten Teil die Meldung zur Verteilung des Kreditrisikos. Das Forderungsvolumen besteht – wie in der unkonsolidierten und der konsolidierten Kreditrisikomeldung – aus den vier bereits erwähnten Bilanzpositionen.

Nach Größenklassen der Forderungen sind die Anzahl der Schuldner, das Forderungsvolumen, und die diesem Forderungsvolumen zugehörigen Einzelwertberichtigungen, Sicherheiten und Ausfälle zu melden. Die Definitionen der gemeldeten Kategorien entsprechen jenen des unkonsolidierten und des konsolidierten Belegs. Die Größenklassen sind analog der konsolidierten Meldung definiert, Forderungsvolumina unter 10.000 EUR werden nicht erfasst.

Per Ende März 2009 meldeten 88 in Österreich meldepflichtige Auslands-tochterbanken ein Forderungsvolumen von 238,16 Mrd EUR. Das größte Volumen bestand mit einem Anteil von 31,6% am gesamten Forderungsvolumen in der Größenklasse 10.000 EUR bis 1 Mio EUR. Es wurden 1,65 Millionen Schuldner gemeldet, wobei die meisten Schuldner (1,63 Millionen) der Größenklasse von 10.000 EUR bis 1 Mio EUR zuzuordnen waren; dies entsprach einem Anteil von 98,7% an der gesamten Schuldneranzahl. An Sicherheiten, die zur Reduzierung des Eigenmittelerfordernisses dienen, wurde ein Gesamtvolumen von 60,33 Mrd

EUR gemeldet, das einem Anteil von 25,3% am Forderungsvolumen entsprach. Der Anteil der Einzelwertberichtigungen am Forderungsvolumen betrug 1,8% und der Anteil der Ausfälle am Forderungsvolumen 2,6%.

Im zweiten Teil der Meldung erfolgt von UGB-Meldern, wie im konsolidierten Kreditrisikoausweis, eine Quartalsmeldung zu den Risikokosten in Form einer Veränderungsrechnung. Die Risikokosten werden dabei in die Kategorien *Kreditgeschäft* und *Andere* aufgeteilt. Per Ende März 2009 meldeten *sieben Auslandstöchter* Risikokosten im *Kreditgeschäft* und *eine Auslandstochter* in der Kategorie *Andere*.

Finanzverhalten der privaten Haushalte im ersten Quartal 2009²

Wirtschaftliches Umfeld

Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte³ wuchs im ersten Quartal 2009 deutlich langsamer als im Vergleichszeitraum 2008. Diese Entwicklung wurde stark vom Wachstum der Arbeitnehmerentgelte getrieben, die im ersten Quartal 2009 um 2,4% anstiegen (erstes Quartal 2008: 5,3%). Der HVPI schwächte sich zwischen Jänner und März 2009 auf 0,6% ab und fiel in den Folgemonaten weiter (Mai: 0,1%). Die Arbeitslosigkeit war im ersten Quartal 2009 mit 4,3% ähnlich hoch wie zum Jahresresultimo 2008.

Die eigene Einschätzung der privaten Haushalte zeigt in der *Befragung*

zum *Konsumentenvertrauen*,⁴ dass die finanzielle Situation im ersten Quartal 2009 etwas besser eingeschätzt wird als im zweiten Halbjahr 2008. Laut dieser Befragung war die Bereitschaft zum Sparen hingegen seit dem zweiten Halbjahr 2008 deutlich rückläufig und fiel im ersten Quartal 2009 unter den Durchschnittswert der letzten zehn Jahre. Die realwirtschaftlichen Aggregate, insbesondere die Sparquote, zeigen hingegen einen weiteren Anstieg der Ersparnisbildung in Relation zum verfügbaren Einkommen.

Geldvermögensbildung

Die Höhe der Geldvermögensbildung im ersten Quartal 2009 reflektierte die

Michael Andreasch

² Redaktionsschluss: 30. Juni 2009.

³ Realwirtschaftliche Indikatoren, wie verfügbares Einkommen, Konsum, Ersparnisbildung und Sachvermögensbildung, sind nur für den Haushaltssektor (einschließlich der Privaten Organisationen ohne Erwerbszweck) verfügbar. Die Daten zu den Finanzanlagen erfassen private Haushalte einschließlich selbstständig Erwerbstätiger, nicht aber Private Organisationen ohne Erwerbszweck sowie Privatstiftungen.

⁴ Quelle: GfK Austria GmbH.

Entwicklung dieser Ersparnisbildung. Private Haushalte veranlagten 4,5 Mrd EUR in Finanzanlagen⁵, kumuliert 18,8 Mrd EUR in den letzten vier Quartalen.

Die Bargeld- und Einlagenbestände der privaten Haushalte wurden zwischen Jänner und März 2009 um 3,8 Mrd EUR (in den letzten vier Quartalen kumuliert 14,1 Mrd EUR) erhöht, das entspricht 84 % der gesamten Geldvermögensbildung im ersten Quartal 2009. Die intensive Nutzung dieser Veranlagungsform im Jahr 2008 setzte sich damit fort und unterstreicht den „Sicherheitsgedanken“ in der Vermögensverwaltung der Privatanleger. Die privaten Haushalte platzierten ihre Gelder – im Gegensatz zu 2008 – verstärkt in Sichteinlagen (zum Teil aus Umschichtungen von Termineinlagen) mit einem Zuwachs von 2,0 Mrd EUR, wovon vor allem Direktbanken profitierten. Zusätzlich wurden die Spareinlagen im ersten Quartal 2009 um 2,9 Mrd EUR (inklusive aufgelaufener Einlagenzinsen) erhöht. Die Veranlagungstätigkeit fand im Umfeld fallender Leitzinsen statt, die auch auf die Interbankzinssätze und auf die Bankenzinssätze im Kundenneugeschäft wirkten. Die sinkende Inflation ermöglichte trotz des nominellen Rückgangs der Zinsen eine reale Verzinsung zwischen 1,5 % und 2 % im ersten Quartal 2009.

Handelbare Wertpapiere⁶ wurden von den privaten Investoren im ersten Quartal 2009 per saldo um 0,8 Mrd EUR verkauft. Damit setzte sich der Nettoverkauf aus dem vierten Quartal 2008 fort. In den letzten vier Quartalen ergab sich dennoch ein Nettoerwerb von rund 1,0 Mrd EUR. Getra-

gen werden die jeweiligen Kauf- oder Verkaufsbewegungen vor allem durch die Investitionstätigkeit in inländischen Bankanleihen und in Investmentzertifikaten (insbesondere Zertifikate von Rentenfonds und gemischten Fonds):

- Private Haushalte verkauften im ersten Quartal 2009 verzinsliche Wertpapiere in Höhe von 0,6 Mrd EUR (in den letzten vier Quartalen war es noch ein Nettoerwerb von 3,3 Mrd EUR), wovon der überwiegende Teil der Verkäufe auf Anleiheemissionen des inländischen Bankensektors zurückzuführen war. Private Anleger, die noch im vierten Quartal 2008 massiv Bundesschatzscheine gekauft hatten, verkauften diese Titel im ersten Quartal 2009 wieder mit 100 Mio EUR.
- Börsennotierte Aktien wurden von Privatinvestoren im ersten Quartal 2009 in Höhe von 200 Mio EUR gekauft, womit in den letzten vier Quartalen insgesamt Aktien um rund 0,9 Mrd EUR gekauft wurden. Die größten Kauforders kamen für inländische Unternehmensaktien.
- Wie bereits im Jahr 2008 wurden auch im ersten Quartal 2009 Investmentzertifikate verkauft (600 Mio EUR), wovon der größte Teil auf Anteile von inländischen gemischten Fonds (300 Mio EUR) entfiel. In den letzten vier Quartalen belief sich die kumulierte Verkaufssumme auf 3,2 Mrd EUR.

Das Wertpapierportefeuille der Privatanleger verzeichnete – im Vergleich zum zweiten Semester 2008 – einen moderaten Bewertungsverlust von 0,8 Mrd EUR (rund 1 % des gesamten Markt-

⁵ Einschließlich der kapitalisierten Einlagenzinsen sowie der aufgelaufenen und noch nicht durch Kuponzahlungen abgedeckten Zinsen aus Wertpapierveranlagungen.

⁶ Verzinsliche Wertpapiere einschließlich Bundesschatzscheinen, börsennotierter Aktien und Investmentzertifikaten.

werts), der vor allem auf Kursverluste von Aktien und Aktienfonds zurückzuführen war. Kursanstiege auf den Aktienmärkten im zweiten Quartal 2009 glichen allerdings Teile der in den letzten Quartalen verzeichneten buchmäßigen Kursverluste wieder aus.

Die für die langfristige Absicherung verwendeten Ansprüche⁷ aus Lebensversicherungen und gegenüber betrieblichen Pensionskassen stiegen transaktionsbedingt im ersten Quartal 2009 um 0,8 Mrd EUR an.

Das gesamte Geldvermögen erreichte zum Ultimo März 2009 einen Wert von 419,4 Mrd EUR (bzw. 150 % des BIP) und lag damit auf dem Niveau von September 2008. Mit 52 % waren Bargeld- und Einlagenbestände die wichtigsten Finanzanlagen privater Haushalte. Handelbare Wertpapiere und Ansprüche gegenüber Lebensversicherungen sowie Pensionskassen hatten Ende März 2009 jeweils einen Anteil von 18 %.

Finanzierung

Private Haushalte tilgten im ersten Quartal 2009 volumenmäßig mehr Kredite als sie neu aufnahmen, wodurch die Kreditfinanzierung per saldo um 0,6 Mrd EUR zurückging, wovon

der größte Teil auf Nettotilgungen von Bankkrediten im Inland entfiel. Wie die Zahlen zum Neukreditgeschäft der Banken zeigen, sind die Kreditaufnahmen nicht zum Erliegen gekommen: Private Haushalte nahmen im ersten Quartal 2009 Wohnbaukredite um rund 2,2 Mrd EUR neu auf (und tilgten in nahezu gleicher Höhe ausstehende Kredite), während Konsumkredite und sonstige Kredite zwar ebenfalls um rund 2,1 Mrd EUR erhöht wurden, die Tilgungen aber 2,7 Mrd EUR ausmachten.

Die Verpflichtungen der privaten Haushalte erreichten zum Ultimo März 2009 einen Wert von 148,2 Mrd EUR bzw. 53 % des BIP. Sowohl die Nettotilgungen als auch der gesunkene Wechselkurs aus aushaftenden Krediten in Schweizer Franken und japanischen Yen führten zu einem Rückgang der Verpflichtungen um 1,4 Mrd EUR. Wohnbaukredite dominierten mit einem Anteil von 63 % die Verschuldungsposition der privaten Haushalte.

Die Nettovermögensposition erhöhte sich von 266,4 Mrd EUR zum Jahresultimo 2008 um knapp 2 % auf 271,2 Mrd EUR zum Ultimo März 2009.

⁷ Einschließlich der Verwendung als Tilgungsträger für endfällige Kredite (rund 80 % der Tilgungsträger sind Lebensversicherungen, Details siehe Finanzmarktstabilitätsbericht 17).

Finanzvermögen und Verpflichtungen der privaten Haushalte

	Kapitalbewegungen		Vermögen und Verpflichtungen zum Ultimo		
	Q1 09	Q2 08 bis Q1 09 ¹	Dez. 08	März 09	
	in Mrd EUR		Anteil in %		
Bargeld	0,2	0,7	14,4	14,7	3,5
Einlagen	3,6	13,4	198,9	202,5	48,3
im Inland	3,5	13,1	194,6	198,1	47,2
Nach Kategorien:					
Sichteinlagen	2,0	3,4	34,2	36,2	8,6
Termineinlagen	-1,4	1,3	10,3	8,8	2,1
Spareinlagen	3,0	8,5	150,0	153,0	36,5
Nach Laufzeit:					
Täglich fällige Einlagen	2,8	4,0	46,1	48,8	11,6
Gebundene Einlagen	0,7	9,1	148,5	149,2	35,6
im Ausland	0,1	0,3	4,3	4,4	1,1
Verzinsliche Wertpapiere	-0,6	3,3	38,8	38,4	9,1
inländischer Emittenten	-0,5	3,2	34,0	33,7	8,0
ausländischer Emittenten	-0,1	0,1	4,7	4,7	1,1
Börsennotierte Aktien	0,2	0,9	8,6	8,5	2,0
inländischer Emittenten	0,1	0,7	5,1	5,2	1,2
ausländischer Emittenten	0,1	0,2	3,6	3,3	0,8
Investmentzertifikate	-0,4	-3,2	31,6	30,8	7,3
Beteiligungen	0,0	0,4	32,6	32,5	7,7
Lebensversicherungsansprüche	0,5	1,9	61,8	62,1	14,8
Pensionskassenansprüche	0,3	0,8	13,8	13,9	3,3
Sonstige Finanzinvestitionen	0,7	0,5	15,4	16,1	3,8
Geldvermögensbildung/Geldvermögen	4,5	18,8	416,0	419,4	x
Kredite	-0,6	2,1	149,5	148,1	100,0
Nach dem Verwendungszweck:					
Wohnbaukredite	0,1	3,4	94,4	93,9	63,1
Konsumkredite und sonstige Kredite	-0,7	-1,3	55,1	54,2	36,9
Nach dem Kreditgeber:					
Inländische Banken	-0,7	1,4	127,6	126,0	85,3
Staat, Versicherungsunternehmen und Ausland	0,1	0,7	21,9	22,1	14,7
Finanzierung/Verpflichtungen	-0,6	2,1	149,6	148,2	x
Finanzierungssaldo/Nettogeldvermögen	5,1	16,7	266,4	271,2	x

Quelle: OeNB.

¹ kumulierter Jahreswert

Entwicklungen des Finanzvermögens und der Verpflichtungen des Staats angesichts der Finanzkrise

Ausgangssituation

Die Auswirkungen der anhaltenden Wirtschaftskrise machen sich europaweit in den Staatshaushalten negativ bemerkbar. Einerseits sinken aufgrund der verringerten Wirtschaftsleistung die Einnahmen und andererseits steigen aufgrund der vielfach expansiven Fiskalpolitik die Staatsausgaben – somit steigen durchwegs auch die Staatsdefizite in ganz Europa. Auch in Österreich wird das Staatsdefizit im Jahr 2009 über die 3-Prozent-Marke steigen. Die Europäische Kommission geht in ihrer Frühjahrsprognose von einem Defizit im Jahr 2009 von 4,2% des BIP aus und hat diesbezüglich auch bereits angekündigt, gegen Österreich ein Defizitverfahren einzuleiten, wenn das Defizit 2012 nicht wieder unter der 3-Prozent-Grenze liegt. Diese Entwicklungen rücken die Finanzstatistiken des Staats in besonderem Maße in den Fokus der Öffentlichkeit.

Im Folgenden werden die aktuellen Ergebnisse der quartalsweisen Finanzierungsrechnung des Staats vorgestellt.

Die Finanzkonten des Staats zeigen, wie diese Defizite finanziert werden, welche finanziellen Aktiva gegebenenfalls erworben werden, wie hoch die Bestände an Finanzvermögen im Besitz des Staats sind, und wie hoch die Verpflichtungen des Staats sind. Somit sind auch die kapitalstärkenden Maßnahmen für Banken aus dem „Bankenhilfspaket“ ersichtlich, und es wird dargestellt, wie die den Banken zur Verfügung gestellten Finanzmittel finanziert werden.

Ergebnisse der quartalsweisen Finanzierungsrechnung des Staats

Gerald Wimmer

Im Oktober 2008 wurde von der Bundesregierung das Bankenhilfspaket im Volumen von 100 Mrd EUR beschlossen, wovon vorerst 15 Mrd EUR für Kapitalstärkungsmaßnahmen der Banken reserviert wurden. Die restlichen 85 Mrd EUR waren für Garantien für Interbankenkredite bzw. für die Einlagensicherung bestimmt; dies hat daher nicht unmittelbar Einfluss auf die Staatsfinanzen, da Garantien nach den Regeln des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) als Eventualverbindlichkeit gelten und somit erst bei Inanspruchnahme im Kontensystem verbucht werden.

Um unter anderem den potenziellen Liquiditätsbedarf aus diesem Hilfspaket kurzfristig abdecken zu können, wurden bereits im vierten Quartal 2008 von der Österreichischen Bundesfinanzierungsagentur (ÖBFA) verstärkt Finanzmittel über die Emission von Wertpapieren (knapp 8 Mrd EUR) lukriert (Tabelle 8.2.2 in diesem Heft). Da im vierten Quartal 2008 aber lediglich die Hypo Alpe-Adria-Bank International AG 900 Mio EUR in Form von Partizipationskapital aus dem Topf für Kapitalstärkungsmaßnahmen vorgesehene Mittel in Anspruch nahm, wurde ein Teil der über Wertpapieremissionen lukrierten Finanzmittel in Form von Einlagen „zwischengeparkt“. Insgesamt erhöhte der Sektor Staat (Bund, Länder, Gemeinden, Sozialversicherungen und sonstige Einheiten des Sektors

Staat) seine Einlagenbestände im vierten Quartal um rund 6,6 Mrd EUR. Der Staat hatte damit per Jahresultimo 2008 ein Vermögen in Form von Einlagen bei in- und ausländischen Banken in Höhe von rund 21 Mrd EUR (Tabelle 8.2.1). Der Erwerb des Partizipationskapitals der Hypo Alpe-Adria-Bank International AG ist in den Finanzkonten des Staats als Erwerb von Anteilsrechten durch den Staat dargestellt.

Durch die Ausweitung der Schuldauflnahmen infolge der Finanzkrise stieg der Maastricht-Schuldenstand per Jahresultimo 2008 auf 62,5 % des BIP (rund 176,5 Mrd EUR) und somit wieder über die 60-Prozent-Marke, nachdem im Jahr 2007 dieser Wert erstmals unterschritten wurde. In der Gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung (GFR) werden die Verbindlichkeiten des Staats im Gegensatz zum Maastricht-Schuldenstand zu Marktwerten auf nicht konsolidierter Basis ausgewiesen.⁸ Dieser Wert betrug am 31. Dezember 2008 rund 205 Mrd EUR. Die Nettoverpflichtungen des Staats, das heißt die Verbindlichkeiten abzüglich der finanziellen Vermögenswerte im Besitz des Staats, betrugen Ende 2008 rund 91,5 Mrd EUR.

Im ersten Quartal 2009 hat der Bund Partizipationskapital der Erste Group Bank AG in Höhe von 1 Mrd EUR gezeichnet. Neben dieser Transaktion wurden im ersten Quartal 2009 keine weiteren Mittel aus dem Bankenhilfspaket in Anspruch genommen. Im zweiten Quartal 2009 wurde die Mög-

lichkeit der Zeichnung von Partizipationskapital für mehrere Banken umgesetzt. So erhielt die Erste Bank weitere 224 Mio EUR, die Österreichische Volksbanken AG 1 Mrd EUR und die Raiffeisen Zentralbank Österreich AG 1,75 Mrd EUR. Diese Transaktionen werden in der Finanzierungsrechnung des Staats für das zweite Quartal, die im Oktober 2009 publiziert wird, ausgewiesen.

Der Liquiditätsbedarf wurde auch im ersten Quartal 2009 hauptsächlich über die Emission von Geldmarktpapieren (vor allem Austrian Treasury Bills) und über Anleihen abgedeckt. Insgesamt wurden netto (Emissionen minus Tilgungen) rund 8 Mrd EUR emittiert. Da nicht die gesamten lukrierten Finanzmittel zur Abdeckung des Liquiditätsbedarfs aus dem Bankenhilfspaket bzw. für die Finanzierung des realwirtschaftlichen Defizits benötigt wurden, wurde ein Teil in Form von Einlagen bei Banken investiert. So stockte der Staat seine Einlagenbestände bei Banken im ersten Quartal abermals um 2,9 Mrd EUR auf. Insbesondere der Bund erhöhte seinen Finanzpolster in Form von Einlagen im vierten Quartal 2008 und im ersten Quartal 2009 in Summe um rund 9,6 Mrd EUR und kann somit auf beachtliche Liquiditätsreserven zur Krisenbekämpfung zurückgreifen.

Die Nettoverpflichtungen des Staats betrugen per Quartalsultimo März 2009 rund 95 Mrd EUR. Dieser Stand stellt den Saldo aus Verpflichtungen in Höhe von rund 212 Mrd EUR (wobei

⁸ Die wesentlichsten Unterschiede dieser beiden Darstellungskonzepte sind die Differenz zwischen Marktwert (inklusive aufgelaufener Zinsen) und Nominalwert, die Einschränkung des Maastricht-Schuldenstands auf verzinsliche Wertpapiere und Kredite und die Darstellung des Schuldenstands nach Maastricht auf konsolidierter Basis. In den Maastricht-Schuldenstand nicht einzubeziehen sind somit Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (Handelskredite) sowie sonstige dem ESVG 95-Finanzierungsinstrument „sonstige Verbindlichkeiten“ zuzuordnende Verbindlichkeiten. Konsolidierung bedeutet, dass der Besitz eigener Schuldtitel durch den öffentlichen Sektor, ebenso wie Kreditgewährungen innerhalb der einzelnen Subsektoren des Staats, außer Betracht bleibt.

rund 84% der Verpflichtungen (177 Mrd EUR) aus Wertpapieremissionen resultieren) und aus Vermögensbeständen in Höhe von rund 117 Mrd EUR dar. Die größten aktivseitigen Positionen sind Einlagen im Volumen von rund 24 Mrd EUR, verzinsliche Wertpapiere in Höhe von rund 16 Mrd EUR, wobei es sich dabei überwiegend um den Besitz des Bundes an eigenen Bundespapieren handelt,⁹ und Kredite mit rund 31 Mrd EUR (hauptsächlich Wohnbaudarlehen und Kredite, die im Rahmen der sogenannten Rechtsträger-

finanzierung an staatsnahe Unternehmen und an Bundesländer bzw. an Wien vergeben werden). Die restlichen Vermögenswerte sind überwiegend Beteiligungen an staatsnahen Unternehmen, wie z. B. dem Verbund, der ÖIAG, der Wiener Stadtwerke Holding AG usw. Zu den Anteilsrechten ist auch das Partizipationskapital aus dem Bankenhilfspaket zu zählen.

Insgesamt wurden vom Staat per Quartalsultimo März 2009 Anteilsrechte in Höhe von rund 37 Mrd EUR gehalten.

Österreichische Leistungsbilanz im ersten Quartal 2009

Im ersten Quartal 2009 wurde für Österreich ein Leistungsbilanzüberschuss in Höhe von 3,2 Mrd EUR verzeichnet. Damit haben die Erlöse, die seit rund zehn Jahren aus der realen Außenwirtschaft per saldo erzielt werden, und im Vergleichszeitraum des Vorjahres ein Rekordergebnis erreichen, eine rückläufige Entwicklung im Ausmaß von rund einem Drittel eingeschlagen. Erste Auswirkungen der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise waren bereits im Schlussquartal 2008 zu verzeichnen, zu Jahresbeginn 2009 haben sich diese verstärkt. Das Verhältnis des Leistungsbilanzergebnisses zum BIP fiel von 7,5% im ersten Quartal 2008 auf 4,8%.

Der Handelssaldo bei Gütern kippte ins Minus (−0,8 Mrd EUR). Das Defizit aus einkommensrelevanten Transaktionen (Erwerbs- und Vermögenseinkommen, Laufende Transfers) blieb

annähernd stabil (−1,4 Mrd EUR). Die Nettoeinnahmen aus dem Reiseverkehr waren, ausgehend von einem hohen Niveau im ersten Quartal 2008, rückläufig (um −0,6 auf 4,1 Mrd EUR). Der Einnahmenüberschuss aus unternehmensnahen Dienstleistungen konnte hingegen aufrechterhalten werden (1,4 Mrd EUR).

Die negative Entwicklung im Warenhandel, die im Schlussquartal 2008 eingesetzt hatte, beschleunigte sich im ersten Quartal 2009 deutlich: Die Güterexporte verringerten sich im Jahresabstand um −24%, die Importe um −20%. Neben dem Einbruch der Importnachfrage fielen, verursacht durch die Entspannung des Rohölpreises, auch die Einfuhrpreise. Ein Nachlassen war auch bei den Ausfuhrpreisen der heimischen Exporteure zu beobachten, was im Hinblick auf die Wettbewerbsposition Österreichs im internationalen Warenhandel positiv zu beurteilen ist.

Patricia Walter

⁹ Bei der konsolidierten Darstellungsweise der Staatsverpflichtungen (Maastricht-Schuld) gelten diese Wertpapiere nicht als Verbindlichkeiten des Staats.

Die mit Abstand wichtigste Produktgruppe unter den Warenausfuhren, Maschinen und Fahrzeuge, war im ersten Quartal 2009 im Vorjahresvergleich von einem Rückgang des wertmäßigen Volumens im Ausmaß von rund einem Drittel betroffen. In fast demselben, relativen Ausmaß nahmen Ausfuhren von „bearbeiteten Waren“ (Metall, Holz, Papier, Textilien) ab. Relativ geringer fielen Einbußen bei konsumnahen Fertigwaren sowie Nahrungs- und Genussmitteln aus; die Ausfuhren chemisch-pharmazeutischer Erzeugnisse entwickelten sich in Summe stabil. Die Wareneinfuhren zeigten im ersten Quartal 2009 ein ähnliches Bild, wobei ein deutlicher Rückgang bei Rohstoffen und Energie hinzukam.

Ein Einbruch des Handels fand nicht nur im Warenverkehr im engeren Sinn statt, sondern betraf ebenso Ein- und Ausfuhren zum Zweck der Weiterbearbeitung (Lohnveredelung) und den Reparaturverkehr. Die Suche nach sicheren Anlageformen schlug sich hingegen in einem markanten Anstieg der Transaktionen in nicht monetärem Gold nieder.

Während im Schlussquartal 2008 die Güterexporte in Länder der EU-15 bereits stagniert hatten, konnte noch ein robustes Jahreswachstum im Handel mit den 2004 und 2007 beigetretenen EU-Mitgliedstaaten verbucht werden. Zu Jahresbeginn 2009 wurde hingegen der gesamte EU-Handel vom wirtschaftlichen Abschwung erfasst. Insbesondere schlug der Nachfrageeinbruch aus Deutschland, dessen Exportindustrie schwere Einbußen verzeichnete, in der österreichischen Außenwirtschaft zu Buche.

In den Wirtschaftsbeziehungen mit Ländern außerhalb der EU zeigt sich ebenfalls ein umfassender Abschwung. So waren die Exporte in wichtige Zieländer, wie in die Schweiz und die

EWK-Staaten, die USA, nach Japan sowie in osteuropäische Länder, insbesondere nach Russland, im Jahresabstand deutlich rückläufig. Eine nachlassende Nachfrage ist auch aus Entwicklungsländern zu beobachten. Der Außenhandel mit China sowie den OPEC-Staaten erweist sich hingegen bisher als robust.

Unternehmensnahe Dienstleistungen stehen in engem Zusammenhang mit dem Austausch von Waren. Der weltweite Nachfragerückgang trifft die österreichischen Dienstleistungsexporteur jedoch mit zeitlicher Verzögerung: Der Export hatte im Schlussquartal 2008 stagniert und ist erst Anfang 2009 in ein Negativwachstum auf Jahresbasis umgeschlagen. Mit -9% ist das Nachlassen der Auslandsnachfrage nach heimischen Dienstleistungen im Vergleich zu den Güterexporten bisher moderat. Die Importnachfrage Österreichs hat sich mit -11% etwas stärker verringert.

Der Abschwung im Dienstleistungsexport hat fast alle Dienstleistungsarten erfasst, sowohl traditionelle Dienstleistungen, wie den Transport – die wichtigste Exportkategorie – Handels- und Bauleistungen, als auch Versicherungs- und Finanzdienstleistungen. In der Versicherungswirtschaft ist vor allem ein Rückgang der Nachfrage nach Lebensversicherungen, die eine Kapitalkomponente beinhalten, gegenüber dem ersten Quartal 2008 zu beobachten sowie bei Transaktionen in der Rückversicherung.

Im vielfältigen Dienstleistungsangebot Österreichs gibt es jedoch Ausnahmen vom Negativtrend. Das betrifft den Export von Dienstleistungen mit einem technischen Innovationscharakter, wozu Architektur-, Ingenieur- und sonstige technische Dienstleistungen, Leistungen der Forschung und Entwicklung sowie EDV- und Informa-

tionsleistungen zählen. Diese Entwicklung ist auch bei den österreichischen Dienstleistungsimporten zu beobachten.

Regional betrachtet hat der Nachfragerückgang bei unternehmensnahen Dienstleistungen im ersten Quartal 2009 sowohl Länder der EU-15 als auch der ersten EU-Beitrittsrunde erfasst. Dynamisch zeigt sich hingegen die Nachfrage aus Bulgarien und Rumänien, wo, ausgehend von einem niedrigen Niveau, ein hoher Nachholbedarf an unternehmensnahen Dienstleistungen bestehen dürfte. Der Dienstleistungsexport in das wichtigste Handelspartnerland, Deutschland, entwickelte sich im ersten Quartal 2009 im Jahresabstand annähernd stabil, was den Nachfrageabschwung insgesamt bremste.

Wie bei den Gütern ist auch im Dienstleistungshandel der Rückgang des Exports in Drittstaaten breit gestreut. Betroffen waren im ersten Quartal sowohl die Handelsbeziehungen mit dem EWR-Raum, der Schweiz, Osteuropa als auch mit den USA. Hingegen entwickelte sich der Export in die OPEC-Staaten, asiatische Tigerstaaten und nach China weiter dynamisch.

Im Reiseverkehr wurde im Vergleich zum ersten Quartal 2008 ein Rückgang der Einnahmen um -11% verzeichnet, die damit auf das Niveau des Jahres 2007 sanken. Das Vergleichsjahr 2008 war einerseits vom außergewöhnlich erfolgreichen Verlauf der Wintersaison und andererseits von den frühen Osterferien im März gekennzeichnet. Für die Wintersaison 2008/09 stellte Statistik Austria das zweitbeste Nächtigungsergebnis seit dem Beginn der statistischen Aufzeichnungen in Österreich fest. Es muss jedoch berücksichtigt werden, dass die Durchschnittsausgaben der Touristen sanken. Zum Teil trugen dazu Preisnachlässe

der heimischen Tourismusbetriebe bei, die damit auf die erwarteten negativen Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise reagierten.

Gegliedert nach Herkunftsmärkten betraf die Verringerung der Reiseverkehrseinnahmen die drei wichtigsten Länder, Deutschland, die Niederlande und das Vereinigte Königreich, darüber hinaus die Schweiz, Russland sowie die USA. Das dynamische Wachstum der Einnahmen aus neuen Mitgliedstaaten der EU, insbesondere aus der Tschechischen Republik und aus Polen, konnte hingegen fortgesetzt werden.

Angesichts der verheerenden Auswirkungen der Finanzkrise auf die Kapitalmärkte ist die Verringerung von Erlösen und Aufwendungen Österreichs aus Vermögenseinkünften im ersten Quartal 2009 mit -3% und -6% im Jahresabstand als moderat einzustufen. Als Puffer fungierten die heimischen Banken, die ihre Einnahmen aus Krediten und Einlagen ausbauen konnten, während ihre Zinsbelastung gegenüber dem Ausland abnahm.

Nur geringe Einbußen waren gegenüber dem ersten Quartal 2008 bei Einkünften aus Direktinvestitionen zu verzeichnen. Die positive Entwicklung von Dividendenerträgen aus ausländischen Tochterfirmen wurde durch die Verringerung der in den Unternehmen belassenen Gewinne sowie durch niedrigere Zinserträge aus konzerninternen Krediten überkompensiert. Wie zu erwarten, waren die höchsten Rückgänge bei Einkünften aus internationalen Wertpapierveranlagungen zu verzeichnen. Die negative Entwicklung bei Aktien und Anleihen konnte jedoch zum Teil durch gestiegene Kapitalerträge aus kurzfristigen Geldmarktpapieren kompensiert werden.

Direktinvestitionen durchbrechen die Schallmauer von 100 Mrd EUR

Ergebnisse der Direktinvestitionsbefragung der OeNB 2007

René Dell'mour

Aktive Direktinvestitionen

Wie schon die Zahlungsbilanz 2007 gezeigt hatte, war das Jahr, in dem die Subprime-Krise zum Ausbruch kam, gleichzeitig das Jahr mit den höchsten Direktinvestitionen. Die jüngste Erhebung der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) zum Stand der Direktinvestitionen zum Jahreswechsel 2007/08 bestätigt dieses Ergebnis: 1.069 österreichische Investoren hielten zum Stichtag 31. Dezember 2007 3.699 strategische Firmenbeteiligungen im Ausland im Wert von 102,5 Mrd EUR. Gegenüber dem Jahr 2006 war dies eine wertmäßige Steigerung um mehr als ein Viertel. Eine noch nie dagewesene Zunahme verzeichnet die Statistik auch bei der Anzahl der Arbeitsplätze in den ausländischen Tochterfirmen – einen Anstieg um nahezu 100.000 (+20%) auf mittlerweile 573.000. Rekordniveau erreichte mit 9,7 Mrd EUR auch der bilanzielle Jahresgewinn, den die österreichischen Investoren 2007 erzielen konnten.

Im Zentrum der Expansion stand weiterhin die Region Zentral-, Ost- und Südosteuropa, einschließlich der neu beigetretenen EU-Mitgliedstaaten. Zwei Drittel der Ausweitung der aktiven Direktinvestitionen entfielen auf diese Region. Die größte Ausweitung des österreichischen Direktinvestitionsbestands verzeichneten 2007 Deutschland (+3,6 Mrd EUR) und Kroatien (+3,4 Mrd EUR), vor der Türkei (+2,3 Mrd EUR) und Russland (+1,9 Mrd EUR). Um mehr als 1 Mrd EUR stiegen die Investitionen darüber hinaus in Ungarn, Kasachstan, der Tschechischen

Republik, der Ukraine, in Bulgarien und in der Slowakei. Unter Branchengesichtspunkten entfiel die Hälfte des Zuwachses auf Banken und Versicherungen. Deutliche Ausweitungen gab es weiters bei Holdings und im Immobiliensektor, bei der Mineralölgewinnung, in der Papierindustrie und im Maschinenbau.

Die meisten Arbeitsplätze bei österreichischen Auslandstöchtern gab es 2007 in der Tschechischen Republik (73.000), in Ungarn (68.000) und in Rumänien (61.000). Auf Platz vier liegt – als einziges westeuropäisches Land unter den ersten zehn – Deutschland mit 50.000 Beschäftigten. Es folgen die Slowakei und Russland mit 35.000 und 30.000 Beschäftigten, sowie in absteigender Reihenfolge die Ukraine, Polen, Serbien und Kroatien mit jeweils mehr als 20.000 Beschäftigten.

Sehr gut war 2007 auch die Ertragslage der Auslandsbeteiligungen. Der bilanzielle Jahresgewinn stieg um mehr als 2 Mrd EUR auf 9,7 Mrd EUR, was einem „Return on Equity“ von mehr als 10% entspricht. Mit Ausnahme eines Jahres erwirtschafteten die österreichischen Auslandsbeteiligungen seit dem Berichtsjahr 2003 höhere Erträge als die unter Auslandseinfluss stehenden Beteiligungen im Inland.

Passive Direktinvestitionen

Noch stärker als der Wert der aktiven Direktinvestitionen hat im Jahr 2007 der Wert der strategischen Unternehmensbeteiligungen des Auslands in Österreich zugenommen. Er betrug zum Jahreswechsel 2007/08 108 Mrd

EUR, das waren um 24 Mrd EUR mehr als im vorangegangenen Berichtsjahr. Dabei hat jedoch die Anzahl der ausländischen Investoren leicht abgenommen (auf 2.890), während die Anzahl der österreichischen Unternehmen unter direktem Auslandseinfluss geringfügig auf 2.486 angestiegen ist. Ebenfalls leicht rückläufig war die Anzahl der Beschäftigten unter direktem Auslandseinfluss, die sich 2007 auf 235.000 belief. Die unterschiedliche Entwicklung von Wert und Beschäftigung bei aktiven bzw. passiven Direktinvestitionen wird verständlich, wenn man sich in Erinnerung ruft, dass die mit Abstand bedeutendste Transaktion des Jahres 2007 die Übertragung der osteuropäischen Beteiligungen der italienischen UniCredit Group an die Bank Austria war. Die Statistik erfasst aktivseitig die Beschäftigten in den osteuropäischen Bankfilialen, in Österreich hingegen nur die zahlenmäßig beschränkten Managementfunktionen.

Am stärksten zugenommen haben 2007 die Direktinvestitionen unter US-amerikanischem Einfluss, dank der Aktivitäten diverser Private Equity Funds (+5,1 Mrd EUR), vor Italien mit +4,1 Mrd EUR. Die Ausweitung des japanischen Eigentums (+3,3 Mrd EUR) ist in erster Linie eine Folge der Übernahme von British Tobacco, wodurch die Austria Tabak einem neuen Stammhaus zuzurechnen war, ohne dass eine Transaktion mit Österreich-bezug stattgefunden hätte. Der vierte Platz Deutschlands (+3,0 Mrd EUR) entspricht seiner traditionellen Rolle als wichtigster ausländischer Kapital-

geber der österreichischen Wirtschaft. Relativ neu ist das verstärkte Engagement russischer Investoren (+2,5 Mrd EUR), die damit auf Platz neun unter den ausländischen Geldgebern vorrücken konnten. Nahezu die Hälfte der passiven Direktinvestitionen wird mittlerweile über Holdinggesellschaften abgewickelt, was die Aussagekraft einer Branchengliederung zunehmend in Frage stellt. Zusätzliches Auslandskapital floss 2007 jedoch auch in Banken (+4,5 Mrd EUR) und Handelsunternehmen (+3,2 Mrd EUR).

Auch die passiven Direktinvestitionen erwirtschafteten 2007 Rekordgewinne in Höhe von 9,1 Mrd EUR, eine Zunahme von mehr als 2 Mrd EUR gegenüber 2006.

Fortschreibung 2008

Obwohl die vorläufige Zahlungsbilanz des Jahres 2008 weiterhin sehr rege Direktinvestitionsaktivitäten ausweist (aktiv: 19,3 Mrd EUR; passiv: 9,3 Mrd EUR), dürfte das Wachstum der Bestände deutlich an Dynamik verloren haben. Durch die Bewertung von börsennotierten Aktiengesellschaften zu Marktpreisen wird sich der Börsen-Crash des Jahres 2008 auch bei den Direktinvestitionen niederschlagen. Angesichts der Abwertung der Währungen einiger wichtiger Zielländer österreichischer Direktinvestitionen rechnet die OeNB damit, dass zum Jahreswechsel 2008/09 der Stand aktiver Direktinvestitionen etwa 112 Mrd EUR und der Bestand passiver Direktinvestitionen 116 Mrd EUR betragen haben dürfte.

